

SÜDAMERIKA

# Papierkrieg ohne Ende



Echte Patrioten lassen sich durch Umweltgutachten nicht beeinflussen: Die argentinische Protestbewegung ist sich sicher, dass der Bau einer Papierfabrik in Uruguay ihrem Land schaden wird. (Foto: El País)

**Der Bau einer Papierfabrik auf der uruguayischen Seite am Grenzfluss zwischen Argentinien und Uruguay hat im Verhältnis der beiden Länder für politische und ökonomische Verheerungen gesorgt.**

Seit über zwei Jahren liegen die Nachbarländer Argentinien und Uruguay in einem für beide Nationen komplizierten und scheinbar ausweglosen Clinch. Ein Streit, der als kleine argentinische Protestkundgebung an der Grenze anfang und sich nun zur internationalen Krise entwickelt hat.

Szenario der Streitigkeiten zwischen den beiden Mitgliedsländern des Mercosur sind die Ufer des Flusses mit Namen Uruguay. Das gemeinsame Gewässer, ein Zufluss des Río de la Plata, bildet auf 567 Kilometern die Grenze zwischen den beiden südamerikanischen Nationen. Doch nicht mehr nur territorial trennt der Fluss Argentinien und Uruguay.

Zwischen beiden Ländern herrscht momentan die von der lokalen Presse getaufte "batalla del papel", der Papierkrieg. Auf uruguayischem Boden, nahe der Stadt Fray Bentos im Bezirk Río Negro, wird seit 2004 eine neue Zellulosefabrik gebaut. Hier soll von diesem Jahr an der vom finnischen Konzern Botnia gepflanzte Eukalyptus in Zellulose und später in Papier umgewandelt werden. Doch gegen den Bau wird auf argentinischer Seite heftig protestiert. Laut Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen von Gualaguaychú, der argentinischen Stadt am gegenüberliegenden Ufer, werden die Abwässer der Fabrik den Río Uruguay verschmutzen. Und laut bilateralem Beschluss gehört das Gewässer beiden Ländern und muss vor Verschmutzung geschützt werden. Der Konzernname Botnia wurde so am argentinischen Ufer zum Synonym für Umweltrisiken, während er auf uruguayischer Seite sym-

bolisch für eine bessere Zukunft steht.

Botnia ist der weltweit zweitgrößte Produzent von Zellulose, die neue Fabrik soll rund eine Million Tonnen Zellulose pro Jahr produzieren. Die seit den achtziger Jahren vom uruguayischen Staat und Geldern der Weltbank unterstützte Papierindustrie ist von enormer Bedeutung für das kleine Land. Die Pflanzung von Eukalyptus und die Produktion von Zellulose bringen ausländische Gelder und neue Investoren ins Land.

Auch ENCE, die spanische Konkurrenz von Botnia, wird sich auf uruguayischem Boden niederlassen; allerdings nicht, wie ursprünglich geplant, am oberen Verlauf des Uruguay. Mitte Dezember hatte der Chef des Unternehmens, Juan Luis Arregui, nach einem Treffen mit dem argentinischen Präsidenten Néstor Kirchner die Entscheidung zum Standortwechsel bekannt gegeben.

Für Uruguay, das seine jüngste finanzielle Krise zu überwinden versucht, stellen die Investitionen der europäischen Industriegiganten eine neue ökonomische Perspektive dar. Außer dem Export von Rohstoffen bedeuten die Fabriken rund 300 neue direkte und 2.500 indirekte Arbeitsplätze für die arg gebeutelte Region.

## "Ökologisch unbedenklich"

Am argentinischen Ufer des Flusses mag man sich für die makroökonomische Rechnung von Uruguays Präsident Tabaré Vázquez jedoch nicht begeistern. Die dortigen Einwohner protestieren mit für Uruguay sehr schmerzvollen Mitteln gegen die von ih-

nen befürchtete Wasserverschmutzung: Sie errichten Straßensperren. Besonders in Gualaguaychú, einer Stadt, deren Haupteinkommensquelle der Öko-Tourismus ist, machen Protestbewegungen auf sich aufmerksam. Zwischen Fray Bentos auf uruguayischer und Gualaguaychú auf argentinischer Seite erstreckt sich die San Martín-Brücke, die schnellste Passage von Argentinien nach Uruguay. Bereits seit über einem Jahr fahren nur wenige LKWs über die Brücke, von den vielen argentinischen Privatfahrzeugen, deren Passagiere ihre Sommerferien an Uruguays Stränden verbringen wollen, ganz zu schweigen. Ein Desaster für ein Land wie Uruguay, das in Sachen Handel und Tourismus größtenteils von seinem großen Nachbarn lebt.

Somit bleibt eine Brücke den ganzen Sommer durch von den argentinischen Aktivisten gesperrt. Auch die restlichen zwei Brücken, die die beiden Länder verbinden, spielen eine Rolle im Konflikt. 104 Kilometer nördlich von Gualaguaychú wird der Grenzübergang zwischen Colón und Paysandú immer wieder während langer Zeitspannen von Demonstranten gesperrt. Letzten Sommer kamen 150.000 Touristen weniger aus Argentinien an die Strände und Resorts des Nachbarlandes; auch in diesem Jahr ist keine Besserung in Sicht. Uruguay, dessen Sommer sich von Dezember bis Februar erstreckt, musste 400 Millionen US Dollar an Verlusten verzeichnen, genau die Hälfte der Investition Botnias auf uruguayischem Boden.

Während in Argentinien weiter heftig protestiert wird,

unternimmt Präsident Kirchner herzlich wenig. So werden die gesperrten Straßen, allesamt auf argentinischer Seite, nicht aufgelöst. Die lokale Gendarmerie kann ohne Befehl der lokalen oder nationalen Autoritäten nicht einschreiten. Kirchner steckt in einer ausweglos scheinenden Situation. Seine öffentlichen und medienfreundlichen Versprechen, sich gegen den Bau der Fabrik einzusetzen, bereut der Präsident heute. Denn alle angerufenen internationalen Organe haben in Gutachten bestätigt, dass kein oder nur ein sehr geringes Risiko für die gemeinsamen Gewässer besteht.

## Internationale Diplomatie

Einen Schritt zurück kann sich Kirchner kaum erlauben. Nächstes Jahr, das Jahr der vorgesehenen Öffnung der umstrittenen Fabrik, wird in Argentinien gewählt. Da darf Kirchner im Duell mit dem Nachbarn nicht als Verlierer abschneiden. Viele interne Probleme, wie etwa Korruptionsfälle und Mangel an Sicherheit, wurden deshalb praktischerweise zur Seite geschoben, scheinbar um sich auf den Streit mit Uruguay konzentrieren zu können.

Weil Uruguay nicht einschreiten kann und Argentinien nicht einschreiten will, wurde der "kleine" Streit zum diplomatischen Problem auf höchster Ebene. Am 13. Juli 2006 kam der Fall erstmals nach Den Haag. Hier wurde Argentiniens Forderung, den Bau Botnias einzustellen, mit vierzehn zu Eins Stimmen abgelehnt.

Am 6. September war der Mercosur an der Reihe. Auch hier erlitt Argentinien eine

Niederlage. Dort folgte man dem Argument des uruguayischen Präsidenten Tabaré Vázquez, die Proteste verstießen gegen den Vertrag von Asunción, laut dem zwischen den Ländern des Mercosur die freie Warenzirkulation gewährleistet sein muss. Den größten Rückschlag erlitt Präsident Néstor Kirchner jedoch, als die Weltbank sich für Uruguay aussprach. Mit 23 Stimmen und einer Gegenstimme beschloss sie, 170 Millionen US-Dollar an Unterstützung für den Bau der Fabrik zur Verfügung zu stellen.

## Politische Kehrtwende

Während die Proteste und Straßensperren andauern, sucht die Politik nach einer Lösung und einer möglichen Versöhnung. Noch Anfang November hatten Tabaré Vázquez und Néstor Kirchner anlässlich des iberamerikanischen Gipfeltreffens in Montevideo nicht miteinander sprechen wollen. Nun soll ein unerwarteter Akteur im Nachbarstreit für Schlichtung sorgen: Der König von Spanien hat Juan Antonio Yáñez Barriola, Spaniens UNO-Botschafter, Richtung Südamerika gesandt, um den Dialog zwischen Uruguay und Argentinien zu fördern. Er soll nun eine Art Fahrplan für die Konfliktlösung aufstellen.

Auch Brasiliens Präsident Lula sollte ursprünglich aus helfen, doch dieser weigerte sich, im "Bruderstreit" zu vermitteln. Die Regierung Finnlands ebenfalls rief zum Dialog zwischen den beiden Ländern auf. Doch die Regierung Uruguays weigert sich, mit dem argentinischen Gegenüber zu sprechen, solange die Grenzen blockiert bleiben.

Für Tabaré Vázquez bedeutet die Unterstützung des Fabrikbaus übrigens eine politische Kehrtwende. Denn der Plan, die weltgrößte Zellulosefabrik auf uruguayischem Boden zu implantieren, ging von Vázquez' Vorgänger Jorge Batlle aus. Vor seinem Amtsantritt am 1. März 2005 opponierten Vázquez und seine Partei, die linksorientierte Frente Amplio, gegen die Errichtung von Botnia. Nun verteidigt Uruguays Präsident den Bau vehement.

Zum Schutze der bereits zu 70 Prozent fertiggestellten Anlage rief Vázquez kurzzeitig sogar die Armee zur Hilfe, um mit rund hundert Mann die rund 550 Hektar Firmengelände zu beschützen. Kirchner bezeichnete die militärische Bewachung einer privaten Firma als "eine Beleidigung" seines Landes.

Die Umweltschützer indes wollen die Protestaktionen sogar noch ausweiten. Am vergangenen Dienstag beschlossen sie, die Schiffsverbindungen zwischen beiden Ländern zu blockieren. So sollen die Fährenunternehmen in Buquebus besetzt werden, das als einer der wichtigsten Zubringer für den Touristenverkehr gilt. Ein neues Kapitel im endlosen Papierkrieg.

Philip Crowther

Philip Crowther arbeitet zurzeit für die in Montevideo erscheinende Tageszeitung "El País".